

A n t r a g

der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Europa parlamentarisch stärken - Evaluierung der Vereinbarung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union

Zum Zwecke der Vorbereitung der in der Vereinbarung vom 16. April 2014 gemäß Ziffer IV vorgesehenen Evaluierung wird

- I. die Landesregierung gebeten, dem Landtag einen Bericht über die Aktivitäten und Erfahrungen zur Umsetzung der Vereinbarung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union zu erstatten;
- II. der Ausschuss für Europa, Kultur und Medien gebeten, dem Thüringer Landtag sowohl über seine Aktivitäten, Erfahrungen und Ergebnisse bei der allgemeinen Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union als auch in der Beteiligung des Landtags im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems unter Beachtung der Arbeit der mitberatenden Ausschüsse zu berichten.

Begründung:

Die Vereinbarung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union wurde am 19. Mai 2011 von der Präsidentin des Thüringer Landtags und der Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen unterzeichnet. Sie wurde wie vorgesehen zwei Jahre nach ihrem Wirksamwerden evaluiert. Im Ergebnis der Evaluierung wurde am 16. April 2014 die vom Landtag beschlossene Neufassung der Vereinbarung unterzeichnet.

Ziffer IV dieser Neufassung sieht vor:

"Die Vertragsparteien kommen überein, die Vereinbarung spätestens vier Jahre nach der Unterzeichnung der Neufassung auf der Grundlage von Erfahrungsberichten zu überprüfen und gegebenenfalls in eine gesetzliche Grundlage münden zu lassen."

Aus den Erfahrungsberichten der Landesregierung sowie des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien sollte sich ergeben, wie die vereinbarten Verfahren konkret umgesetzt werden und welche Wirkung sie auf die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Thüringer Landtags entfalten. Dabei sollen auch die Entwicklungen im Umgang mit der Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitskontrolle auf europäischer und nationaler Ebene Berücksichtigung finden. Aus den gewonnenen Erkenntnissen sollten Aussagen zur Notwendigkeit inhaltlicher und pro-

zessualer Neuausrichtungen bei der Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union abgeleitet werden.

Für die Fraktion
der CDU:

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Mohring

Blehschmidt

Becker

Rothe-Beinlich